



Michael Minkenberg

Macht und Architektur

Hauptstadtbau, Demokratie und
die Politik des Raumes

Macht und Architektur

Michael Minkenberg

Macht und Architektur

Hauptstadtbau, Demokratie und
die Politik des Raumes



Springer VS

Michael Minkenberg
Kulturwissenschaftliche Fakultät
Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder), Deutschland

ISBN 978-3-658-29487-8 ISBN 978-3-658-29488-5 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-29488-5>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Diese Studie ist das Ergebnis einer langen Reise, in einem politischen, geographischen und intellektuellen Sinn. Mein Interesse an Hauptstädten und ihrer Architektur verdankt sich zunächst den Auswirkungen der deutschen Vereinigung von 1989/90, insbesondere der Bundestagsentscheidung vom Juni 1991 über die Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin und den daraus resultierenden Fragen und Herausforderungen. Es wurde vertieft durch mehrere Studien- und Forschungsaufenthalte in Washington, DC, und Reisen in verschiedene Hauptstädte auf der Nord- und Südhalbkugel. Intellektuell verdanke ich die entscheidenden Impulse der unermüdlichen Schaffenskraft meines Doktorvaters Klaus von Beyme, dessen Publikationen zu diesem Thema mich immer wieder faszinierten, sowie der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina, die mir ungeahnte Möglichkeiten von interdisziplinärer Lehre und Forschung eröffnete.

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem meinem Viadrina-Kollegen Christoph Asendorf danken, mit dem ich mehrere Lehrveranstaltungen zum Thema Macht und Architektur sowie eine Studienreise nach Rom durchführte und der mir in vielen Gesprächen die Sinne für Kunst und Architektur schärfte. Auch danke ich meinem Team von Mitarbeiterinnen und studentischen Hilfskräften an der Viadrina, vor allem Greta Schabram und Hannes Jakim Peter, die sich mit großem Engagement in Rechercharbeiten, die Klärung von Abbildungsnachweisen sowie die Erstellung des Registers vertieft haben. Besonderer Dank geht hier an meine Mitarbeiterin und Koautorin Lena Schacht, welche mit meiner Arbeit zum Thema bestens vertraut ist und mir vielfaches wertvolles Feedback geboten hat. Ich danke auch dem Center for Urban Research an der Graduate School von CUNY in New York und seinem Direktor John Mollenkopf, die mir Anfang 2017 einen erhellenden Forschungsaufenthalt ermöglichten. Schließlich danke ich Monika Mülhausen von Springer VS, die mich mit Kompetenz und Effizienz durch den Produktionsprozess begleitet hat.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Macht und Architektur im Überblick: die Funktionen der Hauptstadt	7
2.1	Politische Macht und der gebaute Raum	7
2.2	Hauptstadtfunktionen	15
2.3	Fazit	22
3	Symbolisierung und Verkörperung der Volksherrschaft im urbanen Raum: zur Problematik einer demokratischen Architektur	25
3.1	Regime und Repräsentation	26
3.2	Vermächtnisse und Formsprachen	33
3.3	Regimestruktur und Funktionalität	38
3.4	Form und Performanz	44
3.5	Fazit	50
4	Alte Hauptstädte in alten Demokratien: Paris und London im Licht der Geschichte	55
4.1	Paris: Modell-Hauptstadt	56
4.1.1	Vermächtnisse: das ewige Erbe der Monarchien	56
4.1.2	Regime und Formsprachen: Bonapartismus in Form und Inhalt	60
4.1.3	Bühnen der Demokratie: Republikanische Vereinnahmungen	65
4.1.4	Repräsentation und Performanz: die Vormacht präsidentieller Visionen	70

4.2	London: Hauptstadt der Ambivalenzen	76
4.2.1	Vermächtnisse: vom römischen Reich zum britischen Empire . . .	76
4.2.2	Regime und Formsprachen: Premierdominanz und monarchische Reminiszenzen	84
4.2.3	Bühne der Demokratie: brüchige Hüllen des Parlamentarismus	89
4.2.4	Repräsentation und Performanz: Westminsterballaden	94
4.3	Fazit	97
5	Alte Hauptstädte im multiplen Regimekontext: Rom und Berlin und die Schatten der Geschichte	99
5.1	Rom: ewige Hauptstadt	100
5.1.1	Vermächtnisse: dreimal Rom	100
5.1.2	Regime und Formsprachen: zwischen Republik und historischem Aspek	106
5.1.3	Bühnen der Demokratie: päpstliche Rahmungen	113
5.1.4	Repräsentation und Performanz: Demokratie im Museum	117
5.2	Berlin: Metamorphosen einer Hauptstadt	118
5.2.1	Vermächtnisse (I): preußische Ikarusse und Ikonen	118
5.2.2	Vermächtnisse (II): reichsdeutsche Irrungen, Wirrungen	123
5.2.3	Regime und Formsprachen: Kanzlerdemokratie in Glas und Beton	130
5.2.4	Bühnen der Demokratie: innen modern, außen mäßig monumental	134
5.2.5	Repräsentation und Performanz: historische Inklusionen	141
5.3	Fazit	144
6	Neue Hauptstädte in neuen Demokratien: Washington, DC, und Brasília und das Erbe von Präsidenten und Plänen	147
6.1	Washington, DC: Imperiale Kapitale	151
6.1.1	Vermächtnisse: die Stadt George Washingtons am Fluss George Washingtons	151
6.1.2	Regime und Formsprachen (I): europäische Ideen, amerikanische Realisierungen	157
6.1.3	Bühnen der Demokratie: Liebesgrüße aus Rom und St. Petersburg	159
6.1.4	Regime und Formsprachen (II): Fest der Säulen und Kuppeln . . .	165
6.1.5	Repräsentation und Performanz: neues Rom und alte Minderheiten	169

6.2	Brasília: Hauptstadt der klassischen Moderne	174
6.2.1	Vermächtnisse: Träume von der rationalen Stadt	174
6.2.2	Regime und Formsprachen: architektonische Symmetrien und Asymmetrie der Macht	179
6.2.3	Bühnen der Demokratie: brasilianischer Barock 2.0	184
6.2.4	Repräsentation und Performanz: ganz auf Distanz	189
6.3	Fazit	190
7	Neue Hauptstädte in neuen Demokratien: Ottawa und Canberra als postkoloniales Westminster	193
7.1	Ottawa: Hauptstadt ohne Plan	194
7.1.1	Vermächtnisse: das anglo-französische Duopol	194
7.1.2	Regime und Formsprachen: Westminster in der Zitadelle	198
7.1.3	Bühnen der Demokratie: Neogotik und Politik unter Château-Stil-Dächern	201
7.1.4	Repräsentation und Performanz: Mittelalter und Ungleichgewichte	207
7.2	Canberra: Busch-Hauptstadt	209
7.2.1	Vermächtnisse: die Macht der Landschaft	209
7.2.2	Regime und Formsprachen: Busch-Demokratie in der Gartenstadt	213
7.2.3	Bühnen der Demokratie: bescheidene Monumentalität in Landschaftsarchitektur	220
7.2.4	Repräsentation und Performanz: leerer Raum für Differenzen	227
7.3	Fazit	229
8	Schluss	233
	Anhang	243
	Literatur	247
	Abbildungsverzeichnis	271
	Tabellenverzeichnis	277
	Sach- und Namensregister	279

Ende November 2008 trug sich ein bemerkenswertes Ereignis in Berlin, der alten und neuen Hauptstadt Deutschlands, zu. Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung traf im Kronprinzenpalais mit einer Gruppe von Architekten und Journalisten zusammen und gab den Gewinner der Ausschreibung zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses im alten Zentrum der Stadt bekannt.¹ Während die genaue Ausgestaltung der Innenräume des Gebäudes noch nicht entschieden war – genau wie die Frage nach seiner zukünftigen Nutzung – wurde die äußere Erscheinung bereits vor der Ausschreibung festgelegt. Diese Entscheidung trafen allerdings nicht Architekten, Stadtplaner oder andere Experten, und schon gar nicht die Berliner Bevölkerung, sondern die Volksvertreter im Bundestag, dem höchsten legislativen Organ der Republik. Zur selben Zeit konnte man nur einige wenige Meter östlich, am Standort des zukünftigen – und ehemaligen – Berliner Schlosses, die letzten Überreste eines anderen Gebäudes sehen: des Palastes der Republik, der sowohl das Parlament der DDR als auch einige kulturelle und gastronomische Einrichtungen beherbergte. Dieses Gebäude, das ständiger Kritik sowohl von westlichen Politikern als auch Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit ausgesetzt war, stellte in den Augen der DDR-Autoritäten sowie großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung vor und nach 1989 den gebührenden Nachfolger des Hohenzollern Palastes dar, der dort für 300 Jahre stand, im Zweiten Weltkrieg zerstört und beschädigt und 1950 von den sozialistischen Herrschern entfernt wurde (vgl. hierzu Schug 2007; siehe auch Göbel 2009). In der Übergangszeit vom Beschluss über den Abriss bis zu diesem selbst diente das Gebäude immer wieder als Veranstaltungsort für verschiedene kulturelle Aktivitäten, von denen das Konzert der experimentellen Industrierockgruppe „Einstürzende Neubauten“ im Beton- und Stahlskelett der Palastruine am 4. November

1 Vgl. Der Tagesspiegel vom 28.11.2008, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/schlossplatz/schlossplatz-humboldt-forum-mit-kuppel-aber-ohne-volkskammersaal/1383904.html> (Zugriff am 2. Feb. 2017).

2004 einen symbolträchtigen Höhepunkt darstellte.² Zusammengefasst können die Geschichte dieses Ortes, die Aufeinanderfolge der Gebäude und ihre Wandlungen, die jeweilige Bedeutung, die diese Bauten und der sie umgebende Raum erhielten, sowie der Konflikt politischer Interessen bezüglich dieses sensiblen Ortes deutscher Geschichte und Politik als eine aussagekräftige Illustration der komplexen und wichtigen, jedoch wissenschaftlich vernachlässigten Beziehung zwischen politischer Macht und Architektur dienen.

Inzwischen liegt eine erste politikwissenschaftliche Aufarbeitung dieses Berliner Falles und seiner politischen, historischen, architektonischen, städtebaulichen sowie theoretischen Implikationen vor (vgl. von Beyme 2019, S. 105–147).³ In seinen mannigfaltigen Facetten spiegelt dieses Beispiel allerdings das Thema des vorliegenden Bandes in besonderem Maße wider; ein Thema, das in einigen akademischen Disziplinen zunehmend an Relevanz gewinnt, beginnend bei der Kunstgeschichte über Stadtgestaltung und Architektur bis hin zu Soziologie und der Politikwissenschaft (vgl. u. a. die inzwischen einschlägigen Monographien von Braunfels 1979; von Beyme 1998; Sonne 2003; Manow 2008; Vale 2008; siehe auch die Beiträge zu Minkenberg 2014a). Der Fall erinnert auch daran, dass es letztlich eines interdisziplinären Ansatzes bedarf, um diesem Untersuchungsgegenstand gerecht zu werden. Bereits Ende der 1970er Jahre mahnte Wolfgang Braunfels an: „Mit Hilfe ästhetischer Normen allein sind Städte ebenso wenig zu verstehen, wie mittels der Maßstäbe, die Soziologie und politische Wissenschaften liefern können“ (Braunfels 1979, S. 16). Wie im Laufe dieser Studie noch deutlich werden wird, muss eine Untersuchung der Beziehung zwischen Macht und Architektur sich nicht nur als Dialog zwischen den Disziplinen, sondern auch im Sinne einer in beide Richtungen wirkenden Wechselbeziehung begreifen, d. h. Architektur und Stadtgestaltung müssen sowohl als Symbole politischer Macht und Herrschaft als auch als deren Produkte sowie als Beitrag zu ebendiesen verstanden werden.

Es ist das zentrale Anliegen dieses Bandes, sich eingehend mit der Rolle von Stadtgestaltung und Architektur auseinanderzusetzen. Dies geschieht unter besonderer Berücksichtigung folgender elementarer Fragen: Inwieweit bringen Gestaltung und Architektur zum einen politische Ideologien und Agenden, nationale Identitäten und politische Regime, insbesondere die der demokratischen Herrschaftsform, in Bildern, Symbolen und Baustilen zum Ausdruck (oder verschleiern diese)? Und zum anderen: Inwieweit stellen sie einen funktionalen Schauplatz bzw. eine „Bühne“ für die Ausführung politischer Macht und Regierungstätigkeit bereit? Kurz gesagt analysiert das Werk den „städtischen Raum“ sowie den „politischen Raum“ als zwei eng

2 Vgl. u. a. Heinrich Wefing, „Launiger Abenteuerspielplatz für urbane Alpinisten“, in: FAZ 5. Aug. 2005 (http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/palast-der-republik-launiger-abenteuerspielplatz-fuer-urbane-alpinisten-1260102.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2; Zugriff am 2. Feb. 2017).

3 Siehe auch Hanno Rauterberg, „Palast der Verlogenheit“, in: DIE ZEIT Nr. 24/2015, 11. Juni 2015 (<http://www.zeit.de/2015/24/humboldt-forum-berlin-richtfest>; Zugriff am 2. Feb. 2017).

verbundene Aspekte des öffentlichen Raumes, die einander mittels der symbolischen und substanziellen Funktionen von nationalen Hauptstädten bedingen. Dabei steht mit Blick auf die demokratische Qualität von Hauptstädten die Umsetzung von Ideen im gebauten Raum an der Schnittstelle von zwei Dimensionen von „Reinheit“ der Vision zur Diskussion: Die Reinheit der geographischen, urbanen und architektonischen Vision einer Stadt sowie die Reinheit der Vision einer Hauptstadt, die in erster Linie (wenn auch nicht ausschließlich) zum Zwecke einer demokratischen Regierung auf nationaler Ebene errichtet oder durch Umbauten einer bestehenden Stadt dazu gemacht wurde (vgl. Vale 2008, S. 18–30).

Innerhalb dieses Analyserahmens und dem Kontext der Moderne, einschließlich des Übergangs von Moderne zu Postmoderne (vgl. hierzu den einzigen diesem Thema gewidmeten Beitrag von Habermas 1985; siehe auch von Beyme 1998, Kap. XI), stellen sich einige speziellere Fragen, denen die folgenden Kapitel nachgehen wollen: Wie beeinflussen politische Regime, und ihre Führung und die jeweiligen Entscheidungsfindungsprozesse urbane Gestaltung und den Stil der Architektur? Wie kommt es zur Bestimmung des Standortes von Hauptstädten im jeweiligen Land sowie der zentralen Gebäude, Plätze und Monumente? In welcher Beziehung stehen bestimmte Stile und Gestaltungen mit den Machtstrukturen der Regime, die für den Hauptstadtbau verantwortlich zeichnen? Und vor allem: Wie gut eignen sich Hauptstädte demokratischer Staaten für die zentrale demokratische Aufgabe des vom Volk legitimierten Repräsentierens und Regierens?

Als Annäherung an Antworten auf diese Fragen soll den folgenden Ausführungen thesenartig die Behauptung vorangestellt werden, dass sich aufgrund der abstrakten und kollektiven Natur des Souveräns im demokratischen Staat, d. h. des Volks, keine eindeutige Formensprache an der Staatsarchitektur demokratischer Hauptstädte ablesen lässt und dies umso weniger, je mehr dieser Souverän an Entscheidungsprozessen über die baulichen Formen seiner politischen Repräsentation beteiligt ist. Dies eröffnet einerseits die Möglichkeit einer auch im demokratischen Kontext regime-tauglichen Monumentalität, andererseits ist vor allem in historisch älteren Staaten und Hauptstädten mit Interventionen der Hinterlassenschaften nichtdemokratischer Epochen zu rechnen. Gleichwohl müssen demokratische Hauptstädte immer zugleich die Nation und Volksherrschaft im urbanen Raum symbolisch repräsentieren (durch entsprechende Identifikationsangebote) und in einem materiellen Sinne verkörpern. Sie tun dies in dem Maße, in dem sie sich als Ergebnis demokratischer Verfahren entwickeln, die Strukturen des demokratischen Regimes durch ihr Design und ihre öffentliche Architektur sichtbar machen und hier mehr als nur durch bloße Baumaterialien wie Glas Transparenz herstellen sowie eine funktionierende Bühne für die performativen Aufgaben der Demokratie bereitstellen.

Für die Bearbeitung dieses Programms sind im Zuge einer positiven Fallauswahl (vgl. Jahn 2005) Hauptstädte herangezogen worden, die einerseits der Logik einer Fokussierung auf das Zusammenspiel von politischem Regime, System und Prozess, sowie andererseits der Fokussierung auf die Hauptstadtkonstruktion mittels städte-

baulichem Design sowie öffentlicher Architektur folgen. Ausgehend von der Überlegung, dass dieses Zusammenspiel am gewinnbringendsten analysiert werden kann, wenn sich Regime verändern und neue Regime, darunter eben auch demokratische, in gesteigertem Maße in die Schaffung von politischer Symbolik und die „Erfindung von Tradition“ (Hobsbawm und Ranger 1983) investieren, weisen die ausgewählten Fälle ein besonderes Maß an Hauptstadtkonstruktion und -rekonstruktion nach Regimewechseln oder politischen Zäsuren sowie eine zum heutigen Zeitpunkt mehrere Generationen übergreifende demokratische Ordnung auf (Rom und Berlin in Europa, Washington, Ottawa, Canberra und Brasília außerhalb Europas). Gerade wenn es um die Konstituierung (und nicht nur die Abbildung) politischer Realitäten in Hauptstadtbau und Staatsarchitektur, d. h. um deren politischen Funktionen, geht, eignet sich der Blick auf Brüche in der politischen Entwicklung des jeweiligen Landes bzw. auf Fälle im Umbruch eher als die gleichmäßige Erfassung aller Varianten (vgl. nächstes Kapitel). Gleichwohl: die Zuspitzung der Fragestellung auf Fälle von Regimewechseln und insbesondere auf die demokratische Qualität von Hauptstadt-design und Staatsarchitektur in neuen Regimen schließt dabei weder den Seitenblick auf einige paradigmatische Beispiele von Hauptstädten in vergangenen nichtdemokratischen Regimen noch diejenigen auf typischen Fälle eher evolutionärer Hauptstadtgestaltung aus (wie etwa Paris und London).

Zur Vorbereitung und Vorstrukturierung der Fallanalysen wird die Fragestellung nach der demokratischen Qualität von Hauptstadt-design und Staatsarchitektur zunächst in zwei Kapiteln in ihren konzeptionellen Grundlagen diskutiert. Dabei geht es darum, mit Blick auf die Stadtforschung die besonderen Funktionen von Hauptstädten im Allgemeinen und im Spannungsfeld zwischen Identitätsrepräsentation und politischer Praxis herauszuarbeiten und dabei die Rolle des politischen Raumes und seiner Symbolik zu klären. Dazu werden die multiplen Dimensionen des Verhältnisses von Politik und Architektur sowie der diesbezügliche Forschungsstand skizziert (Kap. 2). Daran anschließend stehen demokratietheoretisch relevante Spezifika von Hauptstädten und die Möglichkeiten einer genuin demokratischen Staatsarchitektur, wie sie in der Literatur thematisiert wird, im Mittelpunkt, um das zentrale Anliegen, die Suche nach der Demokratie in der Hauptstadt in alten und neuen Regimen, alten und neuen Hauptstädten, konzeptionell vorzubereiten (Kap. 3).

Als Vorgehen bietet sich an, die städtebaulichen und architektonischen Anforderungen an eine demokratische Hauptstadt idealtypisch und anhand einschlägiger Fälle im paarweisen Vergleich herauszuarbeiten. So können Kriterien festgelegt werden, anhand derer die empirischen Fälle in ihrer jeweiligen Einlösung des „demokratischen Versprechens“ ausgemessen werden und die jeweiligen „Abstände“ zwischen Idealtyp und der realen Ausgestaltung ausgeleuchtet werden können. So lassen sich mögliche Ursachen für Lücken identifizieren (z. B. das Gewicht von Strukturen und Interessen, die noch aus dem alten Regime herrühren) und die Deutung und Umdeutung älterer Symbole und Gebilde durch die Kontrastierung mit historischen Formen eindeutig nichtdemokratischer Hauptstädte oder mit Vergleichsfällen analysieren.

Mit diesem Generalplan als Wegweiser wendet sich die Untersuchung zunächst den weltweit wirkenden Musterbeispielen europäischer Hauptstädte Paris und London als zwei Fällen demokratischer Hauptstädte mit langer nichtdemokratischer Vorgeschichte zu (Kap. 4). Nach der Diskussion von solch langsam entstandenen Hauptstädten („evolved capitals“ nach Vale 2008; s. u.) wird mit den Fällen Rom und Berlin der Schwerpunkt auf Hauptstädte gelegt, deren (Re-)Konstruktion mehrfachen politischen Brüchen und Regimewechseln geschuldet ist (Kap. 5). Dem schließen sich zwei Kapitel mit völlig neuen und neu gestalteten Hauptstädten an, die gemäß der vorherrschenden Demokratievariante von präsidentieller Demokratie (Washington, DC, Brasília) und parlamentarischer Demokratie (Ottawa, Canberra) voneinander abgegrenzt sind, gleichwohl aber eine Reihe von Ähnlichkeiten aufweisen.

Die vorliegende Studie ist im Kern einem politikwissenschaftlich-vergleichenden Ansatz verpflichtet, demzufolge innerhalb der ausgewählten Fälle in jeweils gleichartiger Strukturierung des Vorgehens auf Regimecharakteristika und deren Auswirkungen auf, wie auch deren Verkörperung von Strukturen, Prozessen und Ergebnissen des Hauptstadtbbaus geachtet wird. Dazu gehören den theoretischen Überlegungen in den Kapiteln 2 und 3 folgend die Aspekte der Entstehung und Standortwahl („Vermächtnisse“), des Stadtdesigns und seiner Beziehung zur Herrschaftsordnung („Regime und Formsprachen“), der Lage und Gestaltung der wichtigsten Regierungsgebäude und öffentlichen Plätze („Bühnen der Demokratie“) sowie die demokratische Eignung dieser Arrangements („Repräsentation und Performanz“). Die hier zugrunde gelegte vergleichende Perspektive trägt dabei zum einen der konkreten Besonderheit einer jeden Stadt Rechnung und unterläuft damit eine allzu schablonenhafte Gegenüberstellung (vgl. Stieber 1999; Nilsen 2008); sie legt zum anderen jedoch nicht die naheliegende Logik der „Eigenlogik“ von Städten zugrunde (Berking und Löw 2008), sondern will über diese hinausgehend die Muster von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in verallgemeinernder Absicht herausarbeiten. Während Stadtplanung und öffentliche Architektur in Hauptstädten in der Literatur bereits recht ausführlich diskutiert wurde, wurde dem Thema der Standortwahl – für sich genommen ein hoch symbolischer, politisch bedingter sowie äußerst folgenreicher Akt – eine eher marginale oder zufällige wissenschaftliche Behandlung zuteil (vgl. von Beyme 1991; Taylor et al. 1993; Sonne 2003; Gordon 2006a; Vale 2008). Dieses Thema soll hier systematischer und detailreicher behandelt werden.

Macht und Architektur im Überblick: die Funktionen der Hauptstadt

2

2.1 Politische Macht und der gebaute Raum

Die Beziehung zwischen Macht und Architektur kann, genau wie die zwischen Kunst und Politik in einem weiteren Sinne, auf zwei prinzipielle Arten ausgelegt werden (vgl. von Beyme 1998, Kap. 1–2). Ein traditioneller Ansatz folgt einer funktionalen Logik, der zufolge Gebäude, Stadtgestaltung und in besonderem Maße öffentliche Regierungsarchitektur eine Form finden, die sowohl den zugrundeliegenden Zweck als auch die dahinterstehende Ideologie des politischen Regimes widerspiegelt. So leitet Wolfgang Braunfels seinen Überblick über abendländische Stadtbaukunst mit den Worten ein: „Jede Architektur kann als Zeichen für Macht, Wohlstand, Idealsinn, ja auch für das Elend seiner Erbauer oder Bewohner abgelesen werden“ (Braunfels 1979, S. 11). Jedes Gebäude dient nicht nur dem ihm zugedachten Zweck, sondern reflektiert ebenfalls die Weltsicht seines Erschaffers sowie seiner Nutzer. Ebenfalls kann es den Autoritäten, die es bauten oder nutzen, Bedeutung oder Legitimität verleihen: „Jede Form politischer Herrschaft steht im Kontext einer symbolischen Ordnung, die sie legitimiert“ (Manow 2008, S. 13; siehe auch Vale 2008, S. 3). Hauptstädte sind demnach nicht nur Regierungssitze, sondern auch Teil dieser symbolischen Ordnung, und ihre Architektur und Bauwerke können mit Jan Assmann als „Verörtlichung“ einer solchen Symbolik, der historischen Erinnerung und der politischen Rituale, verstanden werden (Assmann 1992, S. 57f.). In größerem Zusammenhang betrachtet hat eine solche Perspektive den Monumentalismus totalitärer Regime der Zwischenkriegszeit (besonders des faschistischen Italiens, Nazi-Deutschlands sowie der Sowjetunion) typischerweise als direktes Ergebnis der illiberalen, antidemokratischen Natur dieser Regime und ihres Einsatzes an Überwältigungsarchitektur identifiziert (vgl. beispielsweise von Beyme 2004, S. 362; Piccinato 2006, S. 217–218; Sonne 2006, S. 200–203; kritisch dazu Lampugnani 1986, S. 214–225; Schirmer 2005). Während einige Autoren argumentieren, dass der Monumentalismus dieser Regime

vom Niedergang der Moderne in Architektur und Politik kündigt (vgl. etwa Listl 2014, S. 33), sehen andere in der faschistischen Architektur eine neue Symbiose von abstrakter Moderne und Monumentalität (vgl. Griffin 2007). In beiden Lesarten scheint öffentliche Architektur der funktionalen Logik ihrer politischen Nützlichkeit zu folgen, indem öffentliche Ordnung oder soziale Interessen, geformt durch den politischen und kulturellen Kontext, widergespiegelt werden (vgl. Vale 2008, S. 3; siehe auch Moore 1996, S. 2).

Der andere Ansatz kehrt den Zusammenhang gleichsam um und argumentiert, dass Architektur, so wie die Kunst, zur Schaffung von Bildern beiträgt, die die politische Welt, in der wir leben, formen: „works of art do not represent ‚reality‘, ‚the real world‘, or ‚everyday life‘ [...]. Rather, art *creates* realities and worlds“ (Edelman 1995, S. 7, Hervorhebung im Original). Somit dient die Architektur nicht nur zur Bereitstellung visueller und räumlicher Legitimationsmittel für ein politisches Regime oder eine Elite im Sinne einer inszenierten Abbildung politischer Realität, sondern konstituiert in einem genuinen Akt diese Realität. Dieser Umstand gründet auf der Tatsache, dass die Bedeutung eines Kunstwerks, im Besonderen eines offiziellen Bauwerks und seiner Architektur, immer mehrdeutig ist und nicht ausschließlich die Intentionen des Designers oder Bauherren widerspiegelt, sondern erst durch den Diskurs über diese Bedeutung und die Inanspruchnahme des Bauwerks durch Nutzer und Publikum in einem Prozess der Akkulturation nachhaltig konstruiert wird (vgl. Lampugnani 1986, S. 18–20; Vale 2008, S. 7; siehe auch Peters 2012, S. 17–27; Schulz 2018).

Im Sinne der Weberschen Herrschafts- und Staatslehre, in welcher der Legitimitätsgedanke eine zentrale Rolle spielt (Weber 1972) sowie mit Bezug auf die o. g. Autoren können öffentliche Architektur, offizielle Gebäude und die städtische Gestaltung öffentlicher Plätze immer als Zutaten zur Schaffung politischer Legitimität begriffen werden. Öffentliche Bauten sind der materielle Ausdruck politischer Macht, ihrer Ausführung wie ihrer Form. Anders ausgedrückt: wenn nach Bruno Latour (2005) soziale Beziehungen immer auch eine materiale Dimension enthalten, kann öffentliche Architektur als Materialität sozialer (und damit auch politischer) Verhältnisse, als materielle Manifestation des politischen Raums schlechthin aufgefasst werden. Das bedeutet, „dass auch Gebäuden Handlungsprogramme inhärent sind, die menschliche Akteure jenseits zeichenhafter Kommunikation dazu bringen, etwas zu tun oder zu lassen“ (Steets 2015, S. 47), dass also durch Architektur soziale Realität, durch Staatsarchitektur politische Realität konstruiert wird. Statt um ein bloßes Symptom oder Symbol (vgl. Sonne 2003, S. 29) handelt es sich dabei vielmehr um einen öffentlichen, durch politische Interessen und Machtverhältnisse beeinflussten Raum. Wenn Lawrence Vale unter Bezugnahme auf Edelman, behauptet, die „manipulation of civic space [...] tends both to sanction the leadership’s exercise of power and to promote the continued quiescence of those who are excluded“ (Vale 2008, S. 8), bringt er einen Politikbegriff ins Spiel, der durch den Staat, die Regierung oder die Handlungen einer politischen Klasse nicht hinreichend umrissen ist, obwohl er, wie

auch bei Weber, auf enge Weise mit dem Staatsapparat oder den Handlungen einer Elite verknüpft ist. Damit befinden wir uns nun auf klassischem politikwissenschaftlichem Terrain. Denn in einem umfassenden Sinne meint Politik sowohl den Staat, das Staatsverhalten und die Regierungstätigkeit als auch alles was in einem öffentlichen Raum auf diese wirken oder von deren Aktionen betroffen sein kann, und zwar auf direkte und auf indirekte Weise.

Demzufolge wird Politik hier zunächst einmal ganz konventionell mit Harold Lasswells (1936) berühmter Formel als „who gets what, when, how“ oder allgemeiner ausgedrückt als „authoritative allocation of values“ bzw. als „verbindliche Regelung gesellschaftlicher Werte“, d. h. nicht nur die Verteilung von Geld, Gütern und Dienstleistungen, verstanden (vgl. Easton 1965; von Aleman und Forndran 1995, S. 36). Zieht man vor diesem Hintergrund das struktur-funktionalistische Politikmodell heran, das den Blick darauf richtet, die Kräfte, Strukturen und Funktionen, die einen gesellschaftlichen „Input“ in einen politischen „Output“ verwandeln, zu identifizieren und zu analysieren, so können Projekte der öffentlichen Architektur und der Stadtplanung auf systematische Weise strukturfunktional und vergleichend sowie auf unterschiedlichen Ebenen untersucht werden (vgl. Almond und Powell 1978; Berg-Schlosser und Stammen 2013, S. 110–145; Tiedtke-Braschos 2015, S. 361–395). Auf der Regimeebene kann, wie in diesem Band versucht wird, die Frage nach dem regimespezifischen Input in die Gestaltung von Hauptstädten in modernen westlichen Regimen beantwortet werden, und zwar mit besonderem Fokus auf die Repräsentation von Regimecharakteristika und kollektiven Identitäten. Auf der Ebene von Eliten oder der politischen Führung spielt der regimespezifische Input der jeweils Herrschenden eine zentrale Rolle (vgl. Minkenberg 2017); er kann sowohl individueller als auch kollektiver Natur sein und einen Gestaltungsprozess als „capital building“ in einem zweifachen Sinne initiieren: a) als Bau einer Hauptstadt zur Projektion von Autorität der politischen Führung, und zwar durch die Bereitstellung einer bestimmten Vision und unter Einbeziehung des (seitens bestimmter Akteure gedeuteten) Bedarfs der Bevölkerung nach Identifikation mit dem größeren Ganzen des politischen Körpers sowie b) als Akkumulation dessen, was als „politisches Kapital“ bezeichnet wurde, welches mit einigen Ausnahmen wie z. B. das Goldene Haus Neros oder Hitlers Reichskanzlei (siehe unten) die Amtszeiten einzelner Herrscher, wenn nicht ganzer Regime, überdauern wird (vgl. Bourdieu 2005; Bennister et al. 2015).

Auf dieser allgemeinen politikwissenschaftlichen Grundlage stellt das Thema der Politisierung des Raumes an der Schnittstelle zwischen Politik und Stadtgestaltung, Kunst und Architektur, oder genauer ausgedrückt die räumliche Beziehung eines offiziellen Bauwerks zu seiner gebauten (und ungebauten) Umgebung einen vielversprechenden Anfangspunkt der Analyse von Macht, Herrschaft und Architektur dar. Diese Beziehung und die ihr zuerkannte Bedeutung muss als zutiefst politisch betrachtet werden: „Urban spaces were just as often reconfigured by such political clashes, as rival groups divided by distinctions of race, class, and politics sought to make such political divisions concrete in the physical structures and order of the

city. Ultimately, this approach situates politics and political discourse in the spatial landscape of the city, while also identifying and highlighting the political lineaments of urban space“ (Prakash 2008, S. 10; vgl. auch Vale 2008, S. 9). Mit der Betonung der Schnittstelle von urbanem Raum und Politik verweist Gyan Prakash auf den sogenannten „spatial turn“ innerhalb der Geschichtswissenschaft und den Sozialwissenschaften, der vor etwa zwanzig Jahren von Henri Lefebvre, Edward Soja u. a. angestoßen wurde (Lefebvre 1991; Soja 1989; siehe auch Döring und Thielmann 2008; Schlögel 2003). Raum als „occupation“, als Inbesitznahme bzw. Besetzung (Lefebvre), betont die politische Natur aller Räume, insbesondere städtischer Räume und der öffentlichen Sphäre, die im Deutschen traditionell mit „öffentlicher Raum“ bezeichnet wird. Das heißt, Raum meint hier sowohl die öffentliche Sphäre, in der politische Forderungen erhoben, umkämpft und entschieden werden (ein klassischer Topos der Politikwissenschaft; siehe oben), als auch den physischen Raum, der Ministerialgebäude und Gasthäuser, Boulevards und Plätze, Alleen und Parks verbindet oder auch trennt, in denen Reden gehalten und Politiker interviewt werden, Militärparaden und Protestveranstaltungen stattfinden, debattiert und geworben wird (vgl. Parkinson 2012, Kap. 3, sowie Barber 2005; Davis 2005, 2008). Dieses Raumverständnis ist, Soja zufolge, untrennbar mit dem städtischen Raum, dem „cityspace“, verbunden (Soja 2000, S. 7–12). Eine solche materiale und urbane Dimension von Öffentlichkeit als Raum steht bereits bei Jürgen Habermas (1962) zur Debatte, wenn er in seinem Werk zum Strukturwandel der Öffentlichkeit den Raum in einer zweifachen Weise begreift: als Raum für Begegnungen zwischen Bürgern und als Kommunikationsraum, um dem Staat Bedürfnisse und Interessen mitzuteilen, was er u. a. am Beispiel konkreter Örtlichkeiten wie den Berliner Salons und ihrer Bedeutung für die Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit verdeutlicht. Nun wurde dieser öffentliche Raum zu „einer interpretierbaren räumlichen Einheit“ (Steets 2015, S. 186) erklärt, sofern er über seine verschiedenen Segmente hinweg als Kommunikationssystem funktioniert. Dennoch sollten diese unterschiedlichen Segmente gerade im Hinblick auf den physischen oder materialen Raum bzw. die Orte, in denen Öffentlichkeit stattfindet, auseinandergehalten werden.

Charles Goodsell hat in seiner vergleichenden Untersuchung US-amerikanischer „state houses“ den öffentlichen Raum, sofern er sich auf öffentliche Gebäude bezieht und politischen Zwecken dient, als „civic space“ begriffen, der durch vier Dimensionen charakterisiert ist: er unterliegt der Kontrolle des Gemeinwesens auf das er bezogen ist, er ist öffentlich zugänglich, er wird zeremoniell genutzt, und er ist baulich umschlossen und dadurch klar gegen seine Umgebung abgegrenzt (vgl. Goodsell 1988a, S. 10–13). Das unterscheidet ihn von privaten oder kommerziellen Räumen, von Straßenfluchten, aber auch von Parks und von Toiletten in Regierungsgebäuden. Neben ihrer „Nützlichkeit“ für unmittelbare politische Zwecke dienen öffentliche Räume – und die Gebäude, die diese mitformen – auch in einem weiteren Sinne als politische Markierung: „Conspicuous public buildings catalyze the common search for clarity, order, and predictability in a threatening world“ (Edelman 1995, S. 75). Zu-

dem können politische Räume zu politischer und sozialer Integration beitragen, wie die Monumentalität öffentlicher Gebäude und ihre Einladung zur Identifikation anzeigen (vgl. ebd., S. 76). Daher soll Goodsell's Konzept etwas erweitert und in dieser Untersuchung auch nichtabgeschlossene Räume wie politisch genutzte oder bedeutungsvolle Plätze, Monumente und Straßenzüge, die ebenfalls einer Öffentlichkeit zugänglich sind, dem „civic space“ hinzugefügt werden.

Zweifellos stellen in Demokratien Parlamentsbauten (und vor allem Plenarsäle) den Kern derartiger öffentlicher Räume dar, und sie dienen nicht nur – oder inzwischen nicht mehr primär – dem praktischen Zweck einer öffentlichen Entscheidungsfindung in die Allgemeinheit betreffenden Fragen. Daneben erfüllen sie die Funktion als Bühnen für die Ausführung von Repräsentation, politischer Performanz und Ritualen, welche zentral für die Darstellung und Vermittlung von Identitäten sind (vgl. Goodsell 1988a, S. 12; Parkinson 2012, S. 56; siehe auch Patzelt 2001 sowie die Beiträge zu Huhnholz und Hausteiner 2018a). Daher schlägt John Parkinson vor, den physischen oder gebauten Raum dann als „öffentlich“ einzuordnen, wenn er eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt: (a) er ist öffentlich zugänglich, und/oder (b) nutzt gemeinschaftliche Ressourcen, und/oder (c) erzeugt Wirkungen auf die Gemeinschaft, und/oder (d) wird für die Performanz öffentlicher Rollen genutzt (vgl. Parkinson 2012, S. 61). Problematisch daran ist, dass mit dem dritten Kriterium für sich genommen auch in privater Hand befindliche, aber in die Öffentlichkeit wirkende Bauten wie z. B. Bürotürme in prominenter Innenstadtlage als physischer öffentlicher Raum gelten können; das gilt auch für Bauwerke, die lediglich dem zweiten Kriterium entsprechen, d. h. öffentlich geförderte Bauten, die überwiegend privater Nutzung unterliegen. Hier sind Schnittstellen zwischen privat und öffentlich erreicht, die die Brauchbarkeit dieser Kriterienliste einschränken; aber in den meisten hier behandelten Fällen liegen Kombinationen mehrerer Kriterien und damit robustere Versionen des gebauten öffentlichen Raums vor.

Öffentliche Räume sind wiederum eng mit städtischen Räumen verknüpft. Mehr als Dorfgemeinschaften sind Städte, wie auch Nationen insgesamt, eher imaginäre Gemeinschaften, da es unmöglich ist, sie in ihrer Gesamtheit zu erfahren (vgl. Anderson 1983; Çınar und Bender 2007). Gerade dadurch bieten sie besonderen Raum für Auseinandersetzungen über ihre Bedeutung und ihre Identität. Aus dem abstrakten Raum treten Orte oder noch konkreter „Örter“ (Schlögel 2001, S. 39) hervor, die die Platzierung politischer Konflikte und Entscheidungsfindungen in einem konkret geographischen Sinne anzeigen (vgl. Steets 2015, S. 196). Daran haben spezifische Gebäude, sogenannte „landmark buildings“, einen erheblichen Anteil, denn sie stellen eine symbolische Verbindung zwischen politischen Projekten und den Orten, an denen um sie gerungen wird, her und erfahren oft erst über diese Konflikte eine diskursive Sinnzuschreibung (vgl. Jones 2011, S. 4; vgl. auch Lasswell 1979). In diesem speziellen Sinne können private Gebäude eine öffentliche Wirkung haben und somit nach Parkinson ein Teil des gebauten öffentlichen Raums sein. Die politische Bedeutung des physischen Raums und seiner Formen ist dabei alles andere als eindeutig,

insbesondere was den Zusammenhang von gebauter Form und symbolischer Botschaft angeht, abgesehen von Bauten wie etwa Mauern oder Zäunen, die bestimmte Handlungen verhindern (z. B. Grenzübertritte): „a specific form becomes ‚charged‘ with a specific meaning only by virtue of being employed in a specific political context; subsequently, it functions as a symbol of that meaning“ (Sonne 2003, S. 29; siehe auch Parkinson 2012, S. 71–89). Für die folgenden Ausführungen und das Vorhaben dieses Bandes werden diese generellen Beobachtungen in dreierlei Weise eingegrenzt: (a) in zeitlicher, (b) in räumlicher und (c) in typologischer Hinsicht.

a) Zeitliche Eingrenzung: die Moderne

Die erste Spezifizierung betrifft den zeitlichen Kontext der Moderne, die durch Prozesse der Individualisierung und gesellschaftlichen Differenzierung, des Aufstiegs von Demokratie und Massenpolitik, der Modernisierung des politischen Betriebs und der Transformation von politischen Traditionen im Zuge der Nationsbildungsprozesse umrissen ist (vgl. Kornhauser 1959; Mosse 1975; Hobsbawm und Ranger 1983; Hall et al. 1996). Insbesondere Massenpolitik und Demokratisierung standen in enger Verbindung zu tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der öffentlichen Architektur. Dies gilt allein schon aufgrund der schieren Kraft der Zahlen, das heißt aufgrund des substanziellen Anstiegs von an der Regierung, der Bürokratie und dem Entscheidungsprozess beteiligten Personen, an den sich die Architektur und Planung öffentlicher Bauwerke anpassen musste (vgl. Vale 2008, S. 17; Peters 2012, S. 44). Dazu kommen die Eigenheiten demokratischer Legitimation, die sowohl die Symbolik demokratischer Repräsentation als auch eine erhebliche finanzpolitische Verantwortung bezüglich der Gebäude und Plätze „for the people“, bezahlt mit dem Geld „of the people“, verlangen (vgl. hierzu das folgende Kapitel). Dementsprechend beschränkt sich der Band auf Fälle, die in der sogenannten westlichen Welt und in etwa innerhalb der letzten 200 Jahre zu verorten sind, mit einigen ausgewählten Verweisen auf die Vorgeschichte.

In diesem Zeitrahmen der „westlichen Moderne“, in welchem die moderne, liberale Demokratie als Herrschaftsordnung ihren Aufstieg und Durchbruch verzeichnete (vgl. Huntington 1991; Inglehart 2005), haben sich, und das trifft besonders für Demokratien zu, politische Regime mit einer historisch beispiellosen Komplexität und Differenzierung in den gesellschaftlichen und politischen Ordnungen und Beziehungen entwickelt. Diese Komplexität spiegelt sich auch im Bauen und der Gestaltung von Hauptstädten und öffentlicher Architektur wider. Viele Faktoren und Entscheidungsträger konkurrieren mit der politischen Führung oder fordern sie heraus, nicht zuletzt die betroffenen Gemeinden selbst (vgl. Hall 1997, S. 274). Insbesondere, aber nicht ausschließlich, im demokratischen Kontext besteht somit eine grundsätzliche Spannung zwischen der politischen Führung, die in kaum einem Regime entbehrlich ist, und dem Prinzip der Volksherrschaft, das die Autorität der Führung einschränkt, nicht zuletzt, weil im Gegensatz zu autoritären Regimen, in denen Politik *mittels* Gesetzen (zuweilen auch mit dem Anspruch, das Volk an der Herrschaft zu beteiligen)

gemacht wird, demokratische Politik – und auch Baupolitik – *unter* dem Gesetz stattfinden soll (vgl. Kane und Patapan 2012, S. 1 f., 109, auch Elgie 1995).

In modernen demokratischen Regimen stößt also politische Herrschaft auch in der baulichen Gestaltung öffentlicher Räume schnell auf die Grenzen des Gesetzes sowie auf vielfachen Widerstand im politischen Prozess und unter den daran auf allen Ebenen Beteiligten, darunter nicht nur die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, sondern auch die oft relativ autonomen Ministerien und die Bürokratie (vgl. Kane und Patapan 2012, S. 2). Hinzu kommen regionale Machtzentren (vgl. Borraz und John 2004), insbesondere dann, wenn das Land föderal organisiert und der Ausgleich regionaler, gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt und Gegensätzlichkeiten institutionalisiert ist (siehe unten Abb. 3.1; vgl. Lijphart 2012, Kap. 1; von Beyme 2007; Hueglin und Fenna 2015). Auch spielt vor allem im 20. Jahrhundert ein neuer Typ von Bauwerken eine Rolle, der sich weniger der Unterordnung aller an einem Bauprojekt Beteiligten unter die politische Führung als vielmehr der Koordination derselben untereinander verdankt, was die Möglichkeit der Projektion von Macht mittels der gebauten Umwelt signifikant reduziert (vgl. Rapoport 1993, S. 57 f.).

Diese Komplexitäten waren in früheren Epochen weniger ausgeprägt oder gar nicht vorhanden. Die ägyptischen Pharaonen und babylonischen Könige, die chinesischen Kaiser und Imperatoren von Rom und Konstantinopel sowie die Päpste, Könige und Duodez-Fürsten vom Mittelalter bis in die Neuzeit bauten so, dass sie ihre persönlichen Visionen, wenn nicht gar den persönlichen Geschmack, mit minimalen politischen Beschränkungen und ohne Rücksicht auf partikulare Repräsentationsbedürfnisse in die jeweilige Staatsarchitektur einfließen ließen (vgl. Braunfels 1979; Vale 2008; Minkenberg 2017). Daran knüpft dann die vordergründig plausible Überlegung an, dass autokratische Herrscher systembedingt anders bauen als demokratische (vgl. etwa Warnke 1984, S. 15). Allerdings wäre auch darauf zu verweisen, dass bereits in der Antike diese Formel nur bedingt greift: zwar war in Babylon wie auch in Rom eine monumentale Überwältigungsarchitektur anzutreffen, doch konnte auch die radikale Demokratie in Athen mit imposanter Monumentalität aufwarten, ganz im Gegensatz zum oligarchischen Sparta. Andererseits fielen die wichtigsten politischen Bauten Athens wie die Volksversammlungsstätte auf der Pnyx sowie Bouleuterion und Tholos (Rat der 500) – die demokratischen Äquivalente monarchischer Paläste – weit bescheidener aus als die religiösen Prachtbauten auf der Akropolis. Da letztere zugleich der Verherrlichung der Stadt und damit der athenischen Demokratie dienten, wurden das Arkanum der Macht wie auch das der sakralen Sphäre in der athenischen Öffentlichkeit erheblich reduziert (vgl. Bleicken 1995, S. 144 f; Lankes 1995, S. 49–54; Meier 1995; Schneider und Höcker 2010).

Die Frage nach den regimespezifischen Bauformen zieht nun diejenige nach der Möglichkeit von verschiedene Epochen und Kulturen übergreifenden Grundformen nach sich (vgl. Shaikh und Lee 2013). Bereits im alten kaiserlichen China vor ca. 3000 Jahren wurden der Hauptstadtgestaltung Axialität und Geometrie zugrundgelegt. So enthält eine Beschreibung der Hauptstadt Luoyi im späten 2. Jahrtausend

v. Chr. genaue Angaben über die quadratische Form, ihre Ausmaße und die orthogonale Gliederung der Stadt und einzelner Bezirke in kleinere Quadrate, die rechtwinklige Anlage größerer Boulevards und die zentrierte Standortbestimmung der Palastanlagen (vgl. Steinhardt 1990, S. 33). Dieses geometrische Muster hat sich bis zur Gründung Pekings kaum geändert, die verschiedenen Hauptstädte waren stets räumlich an den Himmelsrichtungen orientiert und nach ihren unterschiedlichen Funktionen gegliedert: Kaiserpalast und Regierungsbauten sowie dazugehörige Parks lagen in oder nördlich der Mitte, kommerzielle und Wohnviertel südlich davon. Auch im präkolumbianischen Meso- und Südamerika war orthogonale Stadtplanung anzutreffen, etwa in Teotihuacan und der an dieser Stadt orientierten Azteken-Hauptstadt Tenochtitlán sowie in Cuzco, der Hauptstadt des Inkareiches. Das Gitternetz-Design wurde von den spanischen Kolonialherren aufgegriffen und in einem Gesetz von 1571 mit detaillierten Vorschriften, wo was zu bauen sei, zum Standard erhoben und von holländischen, französischen und englischen Kolonialisten in den nordamerikanischen Kolonien übernommen (vgl. Benevolo 1983, S. 112–123; de Rojas 2012, Kap. 4; Moore 1996).

b) Räumliche Eingrenzung: Städte der westlichen Moderne

Die zweite Spezifizierung betrifft den Zuschnitt des Zusammenhangs von Macht und Architektur auf Städte und den städtischen Raum im Gegensatz zu größeren räumlichen Zusammenhängen. Nicht nur sind Städte inzwischen der dominante Typ menschlicher Siedlung – UN-Schätzungen zufolge werden bis zum Jahr 2050 achtzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 2019). Sie sind ebenfalls der Anfangspunkt unseres Verständnisses von Politik, wie der Gründervater der Politikwissenschaft, Aristoteles, unterstreicht: „Die Wissenschaft von der Politik ist aus den Entwürfen für eine vollkommene ‚Polis‘ entstanden. Die Ordnungsgesetze, die die Städte geformt haben, bestimmen auch jene der Staaten, die von ihnen beherrscht worden sind“ (Braunfels 1979, S. 10). Dies ist nicht der Ort für eine Diskussion bezüglich der Natur, des Ursprungs, der Arten und Entwicklungen von Städten (vgl. Jacobs 1993; LeGalès 2002; Mumford 1961; Sassen 2001; Smith et al. 2014a; Weber 1972); aber es liegt auf der Hand, dass die Natur von Städten als dichte Siedlungen charakteristische Elemente für jegliches Konzept beinhalten, das versucht die Politisierung des Raumes und die Rolle von Architektur und Design innerhalb desselben zu untersuchen.

Jedoch gibt es einige Beobachtungen zu fundamentalen Transformationen von Städten und urbanem Raum im modernen und postmodernen Zeitalter, die für die hier getroffenen Ausführungen von Relevanz sind (vgl. Soja 2000). Eine davon betrifft die Effekte von Globalisierung, Migration und anderen damit verwandten Entwicklungen, die Städte in einen zunehmend transnationalen Modus bringen und die traditionellen Grenzlinien des städtischen Raumes untergraben (vgl. King 2007). Dies betrifft auch die Grenzen zwischen Politik im urbanen Raum und dem politischen Raum an sich. Beispielsweise richtet sich die Zugänglichkeit von Regierungs-

gebäuden immer stärker an Sicherheitsfragen aus und wird so kontinuierlich und regimeübergreifend abgebaut (vgl. Parkinson 2012, S. 133–140). Eine andere Transformation weist auf die ältere Entwicklung der Trennung von Stadtplanung und Architektur hin. Die Folge dieser Trennung ist das Verschwinden der architektonischen Stimmigkeit einzelner Bauten im Rahmen einer gesamtstädtischen Gestaltung; vielmehr greift ein Trend um sich, mit sogenannten „landmark buildings“ und ikonischer Architektur (Guggenheim Museum in Bilbao, Swiss Re: Tower in London) den jeweiligen Ort zu vermarkten und damit gleichermaßen die Medien- wie auch die physische Landschaft zu dominieren (vgl. Jones 2011, Kap. 6). Diese Beobachtung, die bereits vor einiger Zeit in Bezug auf Washington gemacht wurde (vgl. Tafuri 1976, S. 38), bezieht sich vor allen Dingen auf moderne Metropolen und Hauptstädte, und kann als Endpunkt einer längeren Transformation gedeutet werden, in welcher vorherrschende und sich wandelnde Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle spielen, nämlich der graduelle Übergang von der Dominanz der Stadtlandschaft durch Sakralbauten zu der Dominanz staatlicher Gebäude, welche wiederum den die kapitalistische Produktion zelebrierenden „urbanen Schreinen“ weichen (vgl. Kaika und Thielen 2006; siehe auch Jones 2011, S. 122 f.).

c) Typologische Eingrenzung: Hauptstädte

Der Blick auf moderne Hauptstädte als besonderen Stadt-Typ stellt schließlich den dritten und wichtigsten Aspekt des Fokus dieser Untersuchung dar. Seit einiger Zeit lässt sich ein deutliches Wachstum der Literatur über Hauptstädte feststellen (vgl. Daum und Mauch 2005; Gordon 2006a; Hall 1997; Minkenberg 2014a; Taylor et al. 1993; Vale 2008; Wolman et al. 2006). Ein Großteil dieser Veröffentlichungen konzentriert sich auf Themen der Stadtentwicklung und -planung als Unterkategorie der Stadtsoziologie bzw. Urban Studies. Selbstverständlich können Hauptstädte auf die gleiche Weise untersucht werden wie jede andere Stadt auch, gleichwohl stellen sie eine ganz eigene Kategorie von Städten dar. Sie sind durch viele Funktionen charakterisiert, die andere „gewöhnliche“ Städte ebenfalls erfüllen, heben sich allerdings schlichtweg dadurch ab, dass sie (in den allermeisten Fällen) der Sitz der nationalen Regierung sind (vgl. im Folgenden Minkenberg 2014b). Diese besonderen Funktionen müssen etwas eingehender betrachtet werden.

2.2 Hauptstadtfunktionen

Hauptstädte sind der Ort der bedeutendsten nationalen Institutionen und Organisationen und erhalten dadurch eine spezifische politische Bedeutung für das Gemeinwesen, die sich u. a. in der Architektur und der Gestaltung des öffentlichen Raums bzw. in der Staatsarchitektur ausdrückt. In dieser Hinsicht erfüllen sie über die verschiedenen Epochen und Regime hinweg mehrere grundsätzliche Funktionen, zu denen insbesondere politisch-kulturelle gehören. Im Zusammenhang mit den jewei-

ligen Funktionen können zudem verschiedene Hauptstadt-Typen unterschieden werden. Peter Hall (2006, S. 8–11) identifiziert sieben Arten von Hauptstädten (die sich gegenseitig nicht ausschließen): *multifunktionale Hauptstädte* wie London, *globale Hauptstädte* wie Tokio, *politische Hauptstädte* wie Washington, *ehemalige Hauptstädte* wie Bonn, *ehemalige imperiale Hauptstädte* wie Wien, *Landeshauptstädte* wie Stuttgart und *Super-Hauptstädte* wie beispielsweise New York. Des Weiteren unterscheidet er zwischen ihrer politischen und ökonomischen Rolle im jeweiligen System und fügt hinzu, dass diese Rollen tiefgreifenden Wandlungen unterliegen und Hauptstädte derzeit Verschiebungen hinsichtlich Signifikanz und Funktion aufgrund von politischen, technologischen und vor allen Dingen wirtschaftlichen Veränderungen erleben. Jedoch gibt Halls Übersicht wenig Aufschluss über die Rolle von städtischen Räumen, Stadtgestaltung und Architektur, das heißt den kulturellen Funktionen von Bedeutung und symbolischer Macht. Andere Typologien gehen weiter und umfassen auch soziale und kulturelle Aspekte von Hauptstädten (vgl. Daum 2005, S. 13–19). In Lawrence Vales (2008) grundsätzlicher Unterscheidung von „evolved capitals“ und „designed capitals“ spielen kulturelle und symbolische Aspekte, insbesondere die Projektion bzw. Repräsentation nationaler Identitäten, eine zentrale Rolle, stellen gleichwohl nicht das Unterscheidungskriterium der beiden Typen dar, das in politischen und historischen Faktoren zu suchen ist.

Auf ein sehr spezielles Set kultureller Funktionen verweist Amos Rapoport's Sichtweise, dass Hauptstädte „ruling machines“ seien (1993, S. 38) und damit auch eine spezifische Plattform für politische und kulturelle Rituale, Dramen und Spektakel, von welcher aus den Bewohnern des Landes und einer weiteren (auch internationalen) Öffentlichkeit auf zentraler Ebene die Bedeutung der Politik vermittelt wird. Damit tragen sie zum einen zur „Erfindung von Traditionen“ (vgl. Hobsbawm 1983) bei, welche sich in Identitäten niederschlagen; zum anderen werden bereits vorhandene Identitäten (und Differenzen) in ihnen und der baulichen Ausgestaltung repräsentiert. Diese symbolische – visuelle – Repräsentation von politischer Macht und Herrschaft koexistiert insbesondere in Hauptstädten mit anderen Dimensionen von Repräsentation, vor allem der politischen Repräsentation, welche allerdings nicht als Gegenkonzept der symbolischen, sondern in einem eher komplementären Sinne zu verstehen ist (vgl. Diehl 2015, S. 41; Huhnholz und Hausteiner 2018b, S. 9–10; Sonne 2003, S. 36–37; siehe auch Kap. 3 unten).

Es ist vor allem die auf Integration des Gemeinwesens zielende Repräsentationsfunktion, welche Hauptstädte vor allen anderen Typen von Städten auszeichnet. Dabei kann die Verknüpfung von Repräsentation und Identitätsbildung auf verschiedenen Ebenen stattfinden: die Repräsentation der Nation oder des Gemeinwesens als Ganzem im Sinne der Identitätsproduktion; die Repräsentation bestimmter politischer Werte und Symbole des jeweiligen Regimes; die Repräsentation eines politischen Raumes, in welchem Entscheidungsträger operieren; und die Repräsentation der ästhetischen Vorlieben und politischen Interessen der konkreten Auftraggeber und ihrer Architekten oder Stadtplaner (vgl. etwa Daum 2005; Jones 2011; Minken-

berg 2017; Sonne 2003; Vale 2008). Allerdings steht die Repräsentation der nationalen Identität oder des politischen Regimes und seiner spezifischen Strukturen (etwa durch die zentrale Platzierung von bestimmten Regierungsbauten) in Spannung dazu, dass Hauptstädte zugleich immer auch Konflikte bezüglich politischer Macht und Identität innerhalb des Nationalstaates ans Tageslicht bringen und damit Identität und Regime nicht nur repräsentieren, sondern auch formen (siehe oben). Zur Frage der Performanz von Hauptstädten findet sich in der Literatur allerdings wenig, insbesondere wird die Frage vernachlässigt, wie die Gestaltung von Hauptstädten, ihre Planung und ihre Architektur den ihnen inhärenten Funktionen zuträglich ist – etwa analog zu den Studien zu Ausdrucksform und Funktionalität des Parlamentsbaus (von Beyme 1996; Goodsell 1988b; Manow 2008; Parkinson 2012) – und in welchem Ausmaß diese Städte eine bestimmte nationale Bedeutung oder das Ergebnis politischer Machtkämpfe verkörpern (vgl. in Ansätzen bei Sonne 2003 und Vale 2008).

Der Hauptstadtarchitektur im weitesten Sinne (inkl. der Stadtplanung und Gestaltung öffentlicher Räume) kommt also eine zentrale Rolle als Bühne nicht nur im übertragenen, sondern auch im materiellen Sinne zu (vgl. oben und Steets 2015, S. 177–203; auch Jones 2011; Lasswell 1979; Latour 2005; Parkinson 2012). Dass dies keine Einbahnstraße „von oben nach unten“ war, sondern zwischen den Herrschenden und den Beherrschten stets vermittelt werden musste, gilt nicht nur für demokratische Regime: „Es reicht nicht, dass ein Kunstwerk dem Herrscher gefällt. Das Volk muss sich und seine Vorstellungen darin wiedererkennen können“, allerdings mit der Einschränkung „je weniger demokratisch ein politisches System, umso kleiner kann die eigentliche Zielgruppe einer ikonologischen Botschaft sein“ (von Beyme 2004, S. 356), zumal autokratische Regime durch institutionelle Steuerung und politische Pädagogik einschließlich der Geschmacksbildung ihre Zielgruppen auch oft selbst generieren.

Im Zeitalter der Nationalstaaten sind es wohl vor allem die politischen und kulturellen Funktionen, die Hauptstädte von anderen Städten unterscheiden, indem sie urbanen Raum mit einer nationalen Idee verbinden und darüber, so eine übliche Lesart, eine nationale Integrationsleistung vollbringen: „A capital is the space that symbolically integrates the social, ethnic, religious, or political diversity of a country. A capital creates or enhances the national ideology, political values, or common political beliefs of a state“ (Daum 2005, S. 13–14). Durch ihre Architektur und Stadtgestaltung bietet die Hauptstadt konstruierte Räume, die ein Vehikel der Integration und eine Sprache der Repräsentation der gesamten Nation bereitstellen (vgl. ebd., S. 17; vgl. auch Sonne 2003, Kap. 7). Diese Integration mithilfe der Hauptstadt bleibt in den meisten Fällen allerdings eher eine (unerfüllte) Forderung denn empirische Realität.

In Wirklichkeit verschleiert die Botschaft nationaler Einheit, die durch die Symbolik der Hauptstadt dargestellt werden soll, unterschwellige Machtkämpfe und Spannungen, die Übermacht einer bestimmten Gruppierung, Klasse oder Region oder auch mannigfaltige Referenzrahmen (vgl. Vale 2008, S. 52): Die realen Differenzen in der Gesellschaft können durch diese Repräsentationsfunktion und -symbolik

genauso wenig aufgehoben werden wie das Gefälle zwischen Herrschenden und Beherrschten sowie zwischen Zentrum und Peripherie. Insbesondere die von Vale für nationale Hauptstädte identifizierten Spannungsfelder von nationaler und subnationaler Identität (etwa regionale Identitäten und Loyalitäten, welche den Präferenzen der Regimeeliten gegenüberstehen) sowie nationaler und persönlicher Identität (die ästhetischen Vorlieben einzelner Eliten oder Herrscher sowie die Agenda der beauftragten Architekten) stehen einer solchen Integration im Wege (vgl. Vale 2008, S. 53–62; vgl. auch Jones 2011, S. 50–53; Minkenberg 2014b, S. 6–12).

Daher muss sich der Blick auch auf die Politik der Hauptstadtgestaltung richten: Denn hier (weit mehr als in anderen Städten) ist die umgewandelte Lasswell-Formel von „who gets what, when, how?“ in ein „wer baut was, wann, wie?“ von großer Bedeutung. Hauptstädte geben genauso viel Aufschluss über die nationalen Vorstellungen wie über die Konflikte zwischen divergierenden politischen Interessen. So können Hauptstadtplanung und Architektur sowohl den demokratischen oder autoritären Herrschaftstypus als auch die verschiedenen Bedeutungen, welche die politische Führung der Architektur zuzuschreiben versucht bzw. die darin einfließenden Kompromisse mit oder Zugeständnisse an oppositionelle Kräfte widerspiegeln (vgl. Rapoport 1993, S. 35–43; Schatz 2004, S. 117–118). Allerdings sind die in der Hauptstadtgestaltung zum Ausdruck kommenden Spannungen zwischen den verschiedenen Identitäten und Interessen keineswegs ein exklusives Charakteristikum der Nationalstaaten.

Bereits im vornationalen Zeitalter entstanden Konflikte zwischen den Zentren sich konsolidierender Territorialstaaten und den Regionen bzw. der Peripherie. So bemerkt Lewis Mumford für die Zeit des Absolutismus: „The capital city had a social as well as a political role to play. In the capital, provincial habits, customs, and dialects were melted down and recast in the image of the royal court: this became the so-called national image, national by prescription and imitative fashion rather than in origin [...] The consolidation of power in the political capital was accompanied by a loss of power and initiative in the smaller centers“ (Mumford 1961, S. 354 f.). Der Umkehrschluss trifft ebenfalls zu, wie das Fehlen eines nationalen Zentrums und die Stärke und Blüte regionaler Hauptstädte in Deutschland vor der Reichseinigung 1870/71 und darüber hinaus bezeugt (vgl. Schultz 1993).

Im Unterschied zu jeder anderen Stadt besteht bei der Hauptstadt eine enge Wechselbeziehung zwischen der Stadt und dem politischen System als Ganzem. Eine Hauptstadt repräsentiert also nicht nur im symbolischen Sinne das politische Gemeinwesen (oder die Nation), sondern mehr als jede andere Metropole absorbiert und transformiert sie es. Dabei hinterlassen einige Epochen eine symbolische Sprache, die weit über den historischen Entstehungszusammenhang hinauswirkt; das betrifft in Europa vor allem die Antike mit den Formen der Klassik oder – für die Hauptstadtgestaltung noch wichtiger – den Barock (vgl. Lankes 1995, S. 58 f.). So fand der ursprünglich im Rahmen von Residenzstädten entfaltete barocke Stil in Architektur und Stadtplanung, mit den Merkmalen der Axialität und Geometrie, eine monu-

mentale Ausgestaltung in den größeren Kapitalen wie Paris, Madrid, St. Petersburg, Wien und Berlin, die bis in die heutige Zeit exemplarisch wirkt: „While royal residence cities ceased to be built after the eighteenth century, the great capitals in their growth and extension followed the same general lines, often with a ruthless disregard of the historic values one might expect to find preserved and piously furthered in national monuments and shrines“ (Mumford 1961, S. 400).

Als derartige monumentale Städte können generell solche bezeichnet werden, die sich durch lange Sichtachsen und das Vorherrschen von Geometrie in der Anlage von Plätzen bzw. im gesamten städtischen Design als eine Serie von miteinander verknüpften Räumen und Vistas auszeichnen. Dies kann der Wiederentdeckung der Betrachterperspektive durch italienische Künstler im frühen 15. Jahrhundert und der die bis dahin geltenden Raumvorstellungen revolutionierenden „kopernikanischen Wende“ zugeschrieben werden. In deren Folge wurden das menschliche Subjekt in den Mittelpunkt eines unendlichen Raumes gestellt und in der Stadtplanung der städtische Raum vom langsam gewachsenen und kleinteiligen Mikrokosmos in einen solchen individueller, von Gebäuden umgebener Plätze und durch Boulevards verbundener Raumsequenzen transformiert (vgl. Barnett 1986, S. 3–8; Benevolo 1993, S. 123–126). Hinzu kommt, dass sich im Laufe des 17. Jahrhunderts neue „Raumbilder“ zur Stabilisierung der im 16. Jahrhundert vielfältig losgetretenen Dynamiken (Kolonialisierung, Frühkapitalismus, Reformation, Religionskriege, Migration u. a.) herausgebildet haben, die durch übergreifende Raumstrukturen, zu denen großdimensionierte Sichtachsen und Geometrie in der Stadtplanung gehörten, charakterisiert sind (vgl. Asendorf 2017, S. 224–236). Schließlich nahm in neueren Übergangsphasen wie denen aus dem 19. zum 20. Jahrhundert mit dem Aufkommen der abstrakten Moderne die von Mumford beklagte Missachtung der historischen Werte fast programmatische Züge an; sie wurden politisch rekonfiguriert als Wiederentdeckung historischer Werte durch bestimmte Architekturstile wie im Historismus – ein zentraler Beitrag zur „Erfindung von Traditionen“ im Zuge der Nationsbildungsprozesse im 19. Jahrhundert und Ausdruck eines allgemeinen Absterbens politischer Symbolik in der Moderne (vgl. von Beyme 1998, S. 325–330; Hobsbawm und Ranger 1983; siehe auch Jones 2011, S. 53–64, und weiter unten).

Vor diesem Hintergrund erlangt Lawrence Vales Unterscheidung zwischen „evolved capitals“ und „designed capitals“ besondere Bedeutung (vgl. Vale 2008, Kap. 1; für eine kritische Betrachtung dieser Unterscheidung siehe Braunfels 1979, S. 322–326). Wie bereits angedeutet berücksichtigt Vale explizit die Rolle politischer Kräfte und Interessen bei der Gestaltung der Hauptstadt, wobei er darauf verweist, dass alle Städte einem gewissen Maß an politisch motivierter baulicher Gestaltung ausgesetzt sind, welche eine quasi-natürliche Entwicklung im Sinne einer Evolution transzendiert. Kurz: politische Gestaltung ist eng mit architektonischem und urbanem Design verknüpft bzw. umgekehrt.

Daher muss bei Fragen der Repräsentationsfunktion von Hauptstädten in Nationalstaaten und der diese Funktion prägenden Politisierung der Architektur und des

städtischen Raumes zunächst einmal grundsätzlich unterschieden werden zwischen (a) der Repräsentation nationaler Identität und (b) der Repräsentation des jeweiligen Regimes, das den Hauptstadtbau bzw. -umbau betreibt.

a) Nationale Repräsentation

Eine Diskussion des nationalen Repräsentationstypus kommt nicht umhin, sich von essenzialistischen Nationskonzepten, die dem Hauptstadtbau in der Ära der Nationsbildung durchaus zugrunde lagen, ab- und konstruktivistischen Nationskonzepten im Sinne von Benedict Andersons (1983) „imagined communities“ zuzuwenden. Demzufolge sind moderne Nationen ebenso wie ihre Hauptstädte als Konstruktionen nationaler Politik und Bewegungen aufzufassen, und zwar in dem Sinne, dass der Nationalismus der Nation eher vorausgeht, als anders herum (vgl. Gellner 1983; Hobsbawm 1990; für eine etwas andere Sicht siehe Smith 2001). Die Literatur unterscheidet in vielen Fällen verschiedene Typen von Nationen, wobei die häufigste Typologie die der ethnischen oder kulturellen sowie der staatsbürgerlichen bzw. politischen Nationen ist (vgl. Giesen 1991). Diese Unterscheidung ist insofern bedeutsam, als sie unabhängig vom Regimecharakter bereits Auskunft über die Bandbreite der Repräsentation in Staatsarchitektur gibt: in ethnischen Nationen dürfte die visuelle Integration von Differentem oder bislang Ausgeschlossenem (siehe Huhnholz und Hausteiner 2018b) ungleich weniger ausgeprägt sein als in politischen Nationen.

Erst unter diesen Prämissen können Hauptstädte, die den Anspruch einer nationalen Repräsentation erheben, als Ausdruck der nationalen Vorstellungen interpretiert werden, und ihre Architektur und Stadtgestaltung müssen dementsprechend danach befragt werden, inwieweit sie zur übergeordneten Symbolik der nationalen Identität beitragen (vgl. Vale 2008, S. 52; siehe auch Jones 2011, Kap. 3). Wie bereits angedeutet ist eine solcherart nationalistische Politisierung jedoch weit entfernt von einem harmonischen und konsistenten Prozess, in welchem sich im Zusammenwirken von Bauherren, Stadtplanern, Architekten und der Öffentlichkeit die nationale Seele quasi auf natürliche Weise manifestiert. Auch liegt keineswegs auf der Hand, wann ein solcher Prozess sein Ende gefunden hat. Eine Vielzahl von Paradoxa können hier auftreten. Man nehme zum Beispiel die Suche nach einem nationalen Architekturstil im Zeitalter der Nationsbildung im späten 19. Jahrhundert.

In etlichen europäischen Ländern mit recht unterschiedlicher Nationalgeschichte sowie Verläufen der Nationsbildung wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Ungarn (im Rahmen von „Ausgleich“ und Doppelmonarchie nach 1867) wurde die gotische Architektur als nationaler Stil entdeckt und in der öffentlichen Architektur verankert, so beispielsweise in Monumenten und den Parlamentsgebäuden (vgl. Hoffmann 2000, S. 98 f.). Paul Jones weist auf diese Ambivalenz im Verhältnis „nationaler“ und universaler Stile am britischen Beispiel hin: „A more creative style of Gothic, High Victorian merged nationalized versions of Gothic from Italian, French and German Gothic influences to create this ‚correct‘ English Gothic style [...] illustrating a dialectic relation between universalized styles particularized to reflect a specific non-

universal (national) identity. Given the contested nature of social meanings associated with architecture, what *did* vary from country to country were the associations Gothic had as a style“ (Jones 2011, S. 57). Das bedeutet, mithilfe passender historischer sowie konstruierter Argumente konnte jede Nation mit jeglichem historischen Stil kombiniert werden, zumal das Wachstum der Städte und die hemmungslose Bautätigkeit im 19. Jahrhundert im Zuge der Industrialisierung einen ebenso hemmungslosen Stilpluralismus mit sich brachte (vgl. Nerdinger 1996, S. 21 f.; Gombrich 2016, S. 379–381). Im Allgemeinen wird die nationale Idee, wie sie in der Staatsarchitektur ihren baulichen Ausdruck findet, von anderen Identitäten herausgefordert, die nationale Stile – und Entscheidungsprozesse bezüglich Hauptstadtbau und -gestaltung – beeinflussen: regionale, religiöse oder ethnische Identitäten, persönliche Identitäten wie auch supranationale Identitäten (etwa internationale Stilvorstellungen oder Institutionen) (siehe oben; vgl. dazu Vale 2008, S. 53–60; Minkenberg 2017).

b) Regimerepräsentation

Die zweite Dimension von Repräsentation betrifft die Regimeebene und damit eine Politisierung der Architektur und des gebauten Raums im engeren Sinn. Das architektonische Design einer Hauptstadt ist immer Ausdruck bestimmter politischer Interessen und gleichzeitig in das jeweilige politische System eingebettet. Neben der Repräsentation der nationalen Identität wird von Hauptstädten ebenfalls erwartet, den politischen Regimetyp mitsamt den vorherrschenden Machtverhältnissen widerzuspiegeln (vgl. Vale 2008, S. 3). Typologien politischer Regime sind so alt wie das vergleichende Denken über Politik und lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen. Im Allgemeinen lassen sich alle Regime hinsichtlich ihrer demokratischen oder ihrer autokratischen Ausprägung unterscheiden, und weltgeschichtlich betrachtet ist unstrittig, dass der überwiegende Teil der Herrschaftsordnungen eher dem autokratischen Typ zuzuordnen ist (vgl. Berg-Schlosser und Stammen 2013, S. 182–206; Merkel 2010, S. 24; siehe auch Dahl 1989). Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Systemwandel in Osteuropa wurde diese binäre Unterscheidung durch die Entstehung von Zwischentypen oder „hybriden Regimen“ wie der defekten Demokratie unterlaufen (vgl. Croissant und Merkel 2004; Dahl 1971; Held 2006). Allerdings zeigt die umfassende Vergleichsstudie von Wolfgang Sonne (2003) eine uneindeutige Verbindung zwischen Regimetyp und städtischer Form oder öffentlicher Architektur. Man könnte ebenfalls die Dimensionen föderaler und unitarischer Systeme als Unterkategorien der Demokratie hinzufügen, was regionale oder ethno-kulturelle Vielfalt der Nation als Ganzes spiegeln könnte, mit Auswirkungen auf die Repräsentationsfunktion von Hauptstädten, d. h. die Spannung zwischen Identitäts- und Differenzrepräsentation, die die pluralistische Demokratie stets auszeichnet (siehe hierzu das folgende Kapitel, Abb. 3.2, sowie Almond und Powell 1978; Almond et al. 2008, S. 106 f.; Dahl 1971, 1982; oder auch einzelne Beiträge zu Huhnholz und Hausteiner 2018a).

Die Debatte, inwieweit politische Architektur und Stadtgestaltung die Eigenheiten des politischen Regimes reflektiert, ist nicht neu und kann im Grunde bis zu Aristote-

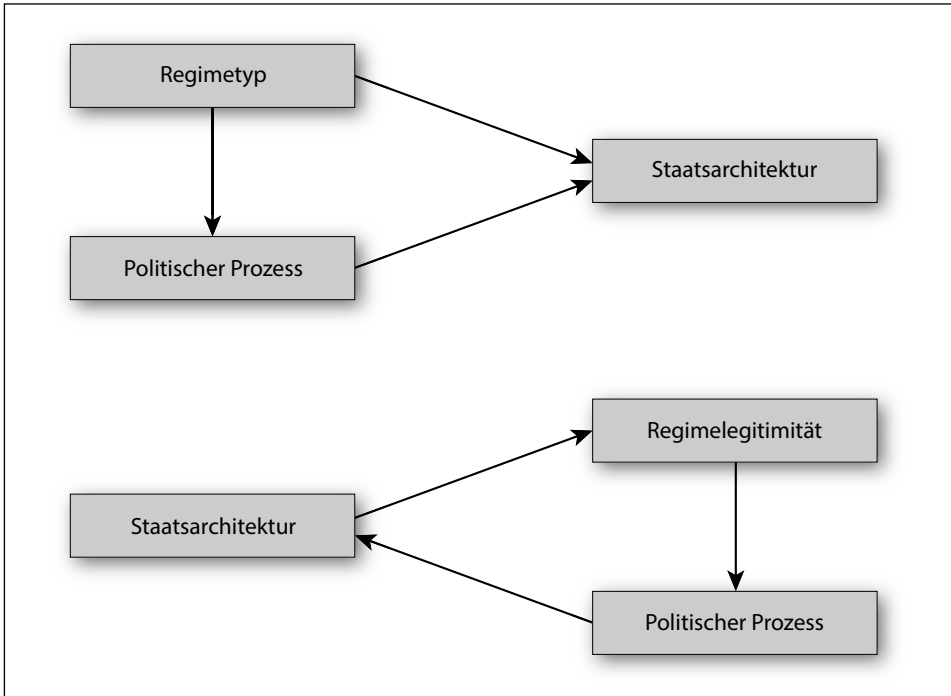
les zurückverfolgt werden (vgl. Braunfels 1979; Mumford 1961). Dieser argumentiert in seiner *Politik*, dass Überlegungen zu Gesundheit und Verteidigung, aber auch zu politischen Aktivitäten in die Planung einer Stadt fließen sollten: „Eine Burg gehört zu einer Oligarchie oder Monarchie, eine ebene Fläche zur Demokratie, und zur Aristokratie weder das eine noch das andere, sondern eher eine Mehrzahl fester Plätze“ (Aristoteles 1981, 7. Buch, 10. Kap., 1330 b I; siehe auch Lankes 1995, S. 8; von Beyme 1998). Die moderne Debatte spiegelt diese grundsätzlichen Überlegungen wider und zielt auf die Frage, ob es einen bestimmten Architekturstil der liberalen Demokratie gibt, der sich von demjenigen illiberaler Regime unterscheidet und wird im folgenden Kapitel aufgegriffen.

Die Beziehung zwischen Regimetyp und Staatsarchitektur bzw. die Politisierung von Architektur und städtischem Raum in nationalen Hauptstädten muss schließlich auch im Lichte der jeweiligen Entscheidungsprozesse und der daran beteiligten Akteure betrachtet werden. Bei der Entstehung öffentlicher Architektur bestimmen der politische Prozess und alle involvierten Akteure zu großen Teilen das Endergebnis mit; dieses überlagert mitunter nationale Stile und Traditionen und ist zugleich den Beschränkungen des politischen Systems und der Situation unterworfen. Nicht nur unter demokratischen Bedingungen trifft in vielen Fällen die große Vision, das Grand Design, auf den Finanzminister – mit vorhersehbarer Konsequenz (vgl. Klotz 1984, S. 400; siehe auch von Beyme 2014, S. 108–113). So kann sich die Reinheit der Vision einer Führungsfigur oder Elite im gebauten Raum der Hauptstadt in dem Maße nicht materialisieren, in dem der Entscheidungsprozess von vielen Akteuren getragen, in welchem starke Gegenkräfte wirken oder in welchem der Prozess mit vielfachen „checks and balances“ versehen ist. Mit anderen Worten: Regimestrukturen spielen durchaus eine Rolle, allerdings eher bezüglich des Prozesses und weniger hinsichtlich des Resultats. Der Aufstieg der Demokratie und die aufkommende Notwendigkeit demokratischer Legitimation beeinflusst alle politischen Projekte, von klassischer Staatstätigkeit (wirtschaftlich, sozial, außenpolitisch u. a.) bis hin zu solchen der Stadtplanung und der Kontrolle öffentlicher Räume (vgl. von Beyme 1998, S. 364 f.).

2.3 Fazit

Im Lichte der vorangegangenen Ausführungen, insbesondere der o. g. Wechselbeziehungen zwischen funktionaler und expressiver Logik, können die Beziehungen zwischen nationaler Identität, Regimetyp, dem politischen Prozess und Staatsarchitektur bzw. Hauptstadtdesign zusammenfassend in zwei Varianten von Wirkungszusammenhängen ausgedrückt werden (Abb. 2.1).

Es gilt aber, wie andernorts gezeigt (vgl. Minkenberg 2014c), zwischen regimespezifischem Verfahren und architektonischem Ergebnis zu unterscheiden: so lässt sich in der Moderne in bestimmten zeitgeschichtlichen Kontexten eine formale Angleichung von Architektur in Hauptstädten unterschiedlicher Regime, z. B. Berlin, Pa-

Abb. 2.1 Regimetyp, politischer Prozess und öffentliche Architektur

© eigene Darstellung

ris und Washington in den 1930er Jahren, beobachten (vgl. Schirmer 2005, insbes. S. 128–129, 151–153; siehe hierzu auch weiter unten). Zunächst aber wird nochmals die Regimefrage aufgegriffen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeit und Bedeutung einer „demokratischen Architektur“ in einer demokratischen Hauptstadt.